

Peter Hübner

Personale Netzwerke im lokalhistorischen Kontext.
Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.512>

Reprint von:

Peter Hübner, Personale Netzwerke im lokalhistorischen Kontext.
Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: Vernetzte Improvisationen.
Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR,
herausgegeben von Annette Schuhmann, Böhlau Köln, 2008 (Zeithistorische
Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam. Band 42), ISBN 978-3-412-20027-5, S. 193-216

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Peter Hübner (2008), Personale Netzwerke im lokalhistorischen Kontext. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.512>

Ursprünglich erschienen als: Peter Hübner, Personale Netzwerke im lokalhistorischen Kontext. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: Vernetzte Improvisationen. Gesellschaftliche Subsysteme in Ostmitteleuropa und in der DDR, herausgegeben von Annette Schuhmann, Böhlau Köln, 2008 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 42), ISBN 978-3-412-20027-5, S. 193-216

Inhalt

ANNETTE SCHUHMAN

Einleitung 9

Forschungsbefunde

PETER HEUMOS

„Der Himmel ist hoch, und Prag ist weit!“
Sekundäre Machtverhältnisse und organisatorische Entdifferenzierung in
tschechoslowakischen Industriebetrieben (1945–1968) 21

DIERK HOFFMANN

Netzwerke und Sonderinstanzen.
Die Marginalisierung der Länder bei der Vereinheitlichung der
Sozialversicherung in der SBZ (1945–1949)..... 43

ANDREAS OBERENDER

Die Partei der Patrone und Klienten. Formen personaler Herrschaft
unter Leonid Brežnev 57

HEINZ MESTRUP

Die Interessengemeinschaft „Territoriale Rationalisierung“ in Jena –
Offizielle Netzwerkstrukturen sowie Formen informellen
Zusammenwirkens 77

MALGORZATA MAZUREK

„Filling the Gap between Plan and Needs: Social Networks in the Local
Government System in Communist Poland“ 103

ÁRPÁD VON KLIMÓ

Katholische Jugendgruppen in Ungarn in der zweiten Hälfte der sechziger
Jahre. Die Gruppen um *Regnum Marianum* – ein religiöses Netzwerk? 121

Methoden

FRIEDERIKE SATTLER

Unternehmerische und kompensatorische Netzwerke.
Anregungen der Unternehmensgeschichte für die Analyse von
wirtschaftlichen Netzwerkstrukturen in staatssozialistischen
Gesellschaften 139

Rafael Mrowczynski

„NEtakratie“? Sozialstrukturtheorien der sowjetischen Gesellschaft
und das Problem der inoffiziellen Netzwerkbeziehungen 157

ARND BAUERKÄMPER

Lokale Netzwerke und Betriebe in der DDR.
Theoretische Ansätze, Untersuchungsdimensionen und methodische
Probleme der historischen Forschung 179

PETER HÜBNER

Personale Netzwerke im lokalhistorischen Kontext.
Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR 193

CHRISTOPH BOYER

Ausblick 217

Abkürzungsverzeichnis 227

Literaturverzeichnis 229

Autorenverzeichnis 253

dem Absturz bewahren und die Folgen des Sturzes mindern.“² Der Kerngedanke einer Seilschaft ist also primär auf den Zweck der gegenseitigen Sicherung gerichtet. Geklettert wird aber vor allem, um einen Berg zu besteigen, eine schwierige Passage zu bezwingen, kurz: sportlichen Ehrgeiz auszuleben. Alles dies wird man in Heroldsbach nicht beim Nennwert genommen haben. Aber in Kritik stand durchaus ein Vorgang, bei dem sich, wie es scheint, einige Leute zusammengetan hatten, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen und sich dabei zu unterstützen bzw. zu sichern. Was daran machte jedoch das „DDR-Muster“ aus?

Die Frage erscheint auch deshalb interessant, weil es hier um ein im Grunde universelles Phänomen geht. Solche Seilschaften trifft man in unterschiedlichsten Varianten zu unterschiedlichsten Zeiten in allen Gesellschaften.³ Ihre Strukturen werden von der Netzwerktheorie beschrieben. Seilschaften sind in deren Licht nichts anderes als personale Netzwerke. Diese wiederum gelten in Anlehnung an Pierre Bourdieu als soziales Kapital.⁴ Ihren Zweck erfüllen sie, wenn es der Durchsetzung gemeinsamer Interessen der beteiligten Akteure dient. Von entscheidender Bedeutung sind hierbei Handlungsmuster sozialer Unterstützung oder des Tauschs von Ressourcen.⁵ Das träfe wohl auf das Heroldsbacher „DDR-Phänomen“ zu. Netzwerktheorien und -modelle finden nicht zuletzt auch in der historischen Forschung Anwendung. Gleichwohl hat Sebastian Gießmann mit einiger Berechtigung moniert, dass „die Frage nach historischen Bedingungen des modernen Netzwerk-Wissens“ seltsam unbeachtet geblieben sei: „Es gibt bisher keine Netzwerk-Forschung, die sich Fragen der Historizität von Netzen und Netzwerken widmet.“⁶ Das mag etwas übertrieben erscheinen, denn die historische Biographienforschung etwa bietet durchaus instruktive Beispiele für das Entstehen, das Wirken und den Zerfall personaler Netzwerke – und für den Wandel von Netzwerkstrukturen.⁷ Dennoch hat Gießmanns Einwand einiges für sich. Auch Historiker sehen sich der Versuchung ausgesetzt, personale Beziehungen mit einem Netzwerk-Etikett zu versehen, ohne deren „Historizität“ zu problematisieren. Insofern erweist sich der Heroldsbacher Disput, wenn auch unbeabsichtigt, als nützliche Anregung, nach den Besonderheiten und, wenn man so will, nach dem „Muster“ der in der DDR entstandenen Netzwerke zu fragen.

2 „Bergsteigen“, Encarta-Enzyklopädie 1999.

3 Vgl. hierzu die rund vier Jahrhunderte auslotenden Beiträge in: Arne Karsten/Hillard von Thiessen (Hg.), *Nützliche Netzwerke und korrupte Seilschaften*, Göttingen 2006.

4 Pierre Bourdieu, *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*, in: Reinhard Kreckel (Hg.), *Soziale Welt. Sonderband 2: Soziale Ungleichheiten*, Göttingen 1983, S. 183–198; vgl. hierzu Richard Swedberg, *Bourdieu's Advocacy of the Concept of Interest and Its Role in Economic Sociology*, in: *Economic Sociology – European Electronic Newsletter*, Vol. 4, No. 2 (March 2003); Ressource: <http://www.siswo.uva.nl/ES/4-2-art1.html>; Elliot B. Weiniger, *Class Analysis and Cultural Analysis in Bourdieu*, in: ebd., Ressource: <http://www.siswo.uva.nl/ES/4-2-art3.html>.

5 Paul D. Allison, *The Cultural Evolution of Beneficent Norms*, in: *Social Forces* 71 (1992), S. 279–301.

6 Sebastian Gießmann, *Netze und Netzwerke. Archäologie einer Kulturtechnik. 1740–1840*, Bielefeld 2006, S. 9–11, hier 9f.

7 Mustafa Emirbayer/Jeff Goodwin, *Network Analysis, Culture and the Problem of Agency*, in: *American Journal of Sociology* 99 (1994) 6, S. 1411–1454; Thomas Schweizer, *Muster sozialer Ordnung*, Berlin 1996; ders./Douglas R. White (Hg.), *Kinship, networks, and exchange*, Cambridge 1998.

Ein „dickes Knäuel heterogener Bedeutungen“

An sich ist der Netzwerk-Begriff nicht unbedingt geeignet, historische Prozesse adäquat abzubilden, suggeriert er doch eher etwas Statisches. Sein Erklärungspotential bleibt schon von daher begrenzt. Sarkastisch bemerkte Harald Wolf in einer 1999 an der Universität Gesamthochschule Kassel gehaltenen Vorlesung: „Der Netz-Diskurs präsentiert sich als dickes Knäuel heterogener Bedeutungen, einer unüberschaubaren Vielfalt von Netzwerk-Begriffen, -Theorien und Analyseansätzen.“⁸ Gleichwohl bietet der Begriff in seiner ursprünglichen technischen Dimension durchaus die Möglichkeit, nicht nur Informationsflüsse, sondern soziale Kontakte überhaupt historisch zu rekonstruieren. Zunächst beschreibt er ja ganz allgemein nicht mehr als ein Kommunikationssystem, das die „Knoten“, wie etwa Computer, untereinander verbindet.⁹ Verbreitet sind Bus-Netzwerke, bei denen alle Netzwerkknoten mit einer Hauptkommunikationsleitung (Bus) verbunden sind. Hier registriert jeder Knoten die über die Leitung fließenden Informationen. Jedoch nimmt er nur die für ihn bestimmte Nachricht auf. Fällt ein Knoten aus, stört das den Gesamtzusammenhang nicht. Ring-Netzwerke hingegen leiten Nachrichten von einem Knoten zum nächsten weiter und sind damit wesentlich störanfälliger. Stern-Netzwerke besitzen einen zentralen Knoten, über den alle Informationen laufen. Ohne solche Informationsmuster eins zu eins auf die personellen Konstellationen historischer Akteure zu übertragen, sind sie aber wohl hilfreich, soziale Beziehungsgefüge zu untersuchen und zu interpretieren.

Der auf solche Weise von der sozialhistorischen Forschung adaptierte Netzwerk-Begriff speist sich „in langer historischer Linie aus zwei Quellen“, wie Stefan Kaufmann es in einem Bericht über die im September 2005 an der EHT Zürich stattgefundenen Tagung „Netzwerke – Modalitäten soziotechnischen Regierens“ formulierte: „Aus dem technischen Bereich kommend bezeichnete er seit Ende des 19. Jahrhunderts großtechnische Infrastrukturen, denen der Effekt zugeschrieben wurde, die Gesellschaft zusammenzuschließen. Im sozialen Bereich meinte er ursprünglich die informellen, kommunalen und nachbarschaftlichen Beziehungen. Diese einerseits makro- andererseits mikrogesellschaftliche Verwendung hat sich in der dominanten Verwendung des Begriffs geradezu umgekehrt: Gegenwärtig ist er unter technischen Vorzeichen eher im mikrosoziologischen Bereich angesiedelt, unter sozialen hingegen wird er als makrosoziologische Gesellschaftstheorie verstanden.“¹⁰ Um freilich ein Netzwerk als soziales System zu verstehen, sollte, wie Peter Kappelhoff es formuliert hat, den Beziehungen von Beziehungen Bedeutung beigemessen werden. Denn Netzwerke konstituieren sich erst durch die Interdependenzen sozialer Beziehungen.¹¹

8 Harald Wolf, Das Netzwerk als Signatur der Epoche? Anmerkungen zu einigen neueren Beiträgen zur soziologischen Gegenwartsdiagnose, in: *Arbeit* 9 (2000) H. 2, S. 95–104, hier 96.

9 Mark E. J. Newman/Albert-Lászlo Barabási/Duncan Watts (Hg.), *The structure and dynamics of networks*, Princeton N. J./Oxford 2006.

10 Stefan Kaufmann, Netzwerke – Modalitäten soziotechnischen Regierens, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/Tagungsberichte/id=905>.

11 Peter Kappelhoff, Der Netzwerkansatz als konzeptueller Rahmen für eine Theorie interorganisationaler Netzwerke, in: Jörg Sydow/Arnold Windeler (Hg.), *Steuerung von Netzwerken: Konzepte und Praktiken*, Opladen 2000, S. 25–57; ders., Komplexitätstheorie und Steuerung von Netzwerken, in: ebd., S. 347–398.

Vom technischen Netzwerk-Begriff und nicht zuletzt aus dem Paradigma modernen Systemdenkens leitet sich auch der Begriff des „sozialen Netzwerkes“ her, der für das hier zu betrachtende Problem zentrale Bedeutung hat. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg leistete der Soziologe Jacob L. Moreno mit seinen Arbeiten einen wesentlichen Beitrag zur soziometrischen Analyse sozialer Netzwerke.¹² Wenn nicht alles täuscht, geht der Begriff in seiner modernen Anwendung auf ethnosoziologische Forschungen zurück, bei denen J. Clyde Mitchell, Arnold L. Epstein, Bruce Kapferer u. a. die losen Selbstorganisationen von Zuwanderern in kolonialen Industriestädten untersuchten.¹³ Für europäische Verhältnisse nahm ihn Elizabeth Bott auf, die informellen Einflüssen auf die eheliche Arbeitsteilung nachging.¹⁴ In Deutschland fand er in der Stadtsoziologie Eingang, wo ihn Franz Urban Pappi, Peter Kappelhoff u. a. bei der Analyse von kommunalpolitischen Willensbildungsprozessen einführten.¹⁵ Kennzeichnend für diese Forschungsansätze war, dass „soziale Netzwerke“ nicht als zielorientiert galten, sondern dass sie eher zufällig Personen und Gruppen mit durchaus unterschiedlichen Zielen verknüpfen konnten.

Auf andere Kriterien machte Astrid Hedin aufmerksam. In ihrer 2001 an der Universität Lund eingereichten Dissertation unternahm sie den Versuch, die Rolle von sozialen Netzwerken im ostdeutschen Transformationsprozess zu beleuchten. Wichtig erscheint ihr Hinweis auf die Pfadabhängigkeiten netzwerkgebundener Wandlungen und in dem Zusammenhang auf die Bedeutung des interpersonalen Vertrauens für die Funktionsfähigkeit personaler Netzwerke.¹⁶ Beachtung verdient auch ihre These, wonach soziale Netzwerke zur sozialen („strength of similarity“) und zur geschlechtsspezifischen Homogenität („Gender as Social Similarity“) tendieren.¹⁷ Besondere Bedeutung misst Hedin im Hinblick auf die späte DDR und deren Transformation Freundschaftsnetzwerken und darin wiederum vor allem Männerfreundschaften bei.¹⁸ Ein solcher Befund wäre nicht überraschend, spräche er doch für die Wirkungsrelevanz historischer Pfadabhängigkeit ebenso wie für den hohen Stellenwert des Regelvertrauens in einem von ökonomischen Kriterien dominierten Beziehungsgefüge.¹⁹

Genau dies wäre aber auch ein Argument gegen die Annahme, man könne auf diese Weise dem „DDR-Muster“ der Heroldsbacher Seilschaft auf die Spur kommen. Immerhin, so lässt sich wohl der Vorwurf des Verbandsrates verstehen, hat man es mit einer eher sinistren

12 Jacob L. Moreno, *Who Shall Survive?*, Washington 1934.

13 J. Clyde Mitchell (Hg.), *Social Networks in Urban Situations*, Manchester 1969.

14 Elizabeth Bott, *Family and Social Network: Roles, Norms and External Relationships in Ordinary Urban Families*, New York 1957.

15 Franz Urban Pappi (Hg.), *Methoden der Netzwerkanalyse*, München 1987; Peter Kappelhoff/Franz Urban Pappi, *The Political Subsystem of a Community Elite: Blockmodeling the Power Structure*, in: *Sociologisk Arbok* 3 (1987), S. 231–264.

16 Astrid Hedin, *The Politics of Social Networks. Interpersonal Trust and Institutional Change in Post-Communist East Germany*. Lund Political Studies 118, Lund University: Department of Political Sciences, 2001, S. 106.

17 Ebd., S. 25, 127.

18 Ebd., S. 192f.

19 Vgl. Douglas C. North, *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge 1990, S. 92–104; Hansjörg Siegenthaler, *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen*, Tübingen 1993.

Organisationsform zu tun, in der irgendwie der Begriff der Clique herumgeistert.²⁰ Diese Bezeichnung, ähnlich pejorativ gemeint wie Seilschaft, steht für ein Geflecht sozialer Kontakte, das sich normalerweise durch eine flache Hierarchie auszeichnet und auf den Vorteil der beteiligten Personen oder Gruppen angelegt ist. Objektivierend ist ein solcher Zusammenhang durchaus als Netzwerk zu definieren. Historisierend wird man das Ganze, je nach Größe, entweder in komplexere soziale bzw. politische Gefüge einzuordnen oder auch in kleinere Substrukturen zu untergliedern, vor allem aber in Bewegung wahrzunehmen haben.

Netzwerke in der historischen Forschung

Es lohnt deshalb, einen Blick auf geschichtswissenschaftliche Forschungen zu werfen, die in dieser oder jener Form das Zustandekommen und Wirken von Netzwerken thematisieren. Seit langem sind Strukturen und Funktionen personaler bzw. sozialer Netzwerke wie Familien, Gruppen, Vereinigungen, gesellschaftliche Institutionen, Religionsgemeinschaften usw. Gegenstand der Betrachtung. Exemplarisch hierfür ließe sich die kaum zu überschauende Literatur zu Luther und seiner Zeit anführen. Genau genommen war die „Reformation“ ein Netzwerkunternehmen. Allein schon die überaus rasche Verbreitung der Wittenberger Thesen im November 1517 gibt eine Vorstellung davon: Ganz wenige Exemplare fanden von Wittenberg über Erfurt, Nürnberg, Ingolstadt, Augsburg, Basel und Leipzig innerhalb von zwei Wochen den Weg durch Deutschland, weitergegeben von Freund zu Freund, Bekannten zu Bekannten, Kollegen zu Kollegen, zwischenzeitlich übersetzt und gedruckt.²¹ Nicht viel anders stand es um die frühen sozialen Bewegungen, insbesondere die Arbeiterbewegungen des 19. Jahrhunderts. Walter Euchner beantwortete die Frage, wie sich die neuen sozialen und politischen Ideen in den ersten Zusammenschlüssen von Arbeiter-Handwerkern ausbreiteten, mit dem Hinweis auf das Wandergebot der Handwerksgesellen und auf das breite publizistische Echo.²² Michael Kittner geht in seiner Geschichte der Arbeitskämpfe auf solche Gesellen-Netzwerke ein.²³ Alle diese Beispiele lassen Mobilität und Information als wichtige Voraussetzungen von Netzwerkbildungen erkennen. Hier handelt es sich zugleich auch um wichtige Koordinaten des von Manuel Castels virtuos gezeichneten Bildes der modernen Netzwerkgesellschaft.²⁴

In historischen Darstellungen findet man – ob *expressis verbis* oder nicht – den Begriff des Netzwerkes sehr oft mit denen von Herrschaft und Macht in Beziehung gesetzt. Das ist

20 Peter Kappelhoff, Cliquenanalyse: Die Bestimmung von intern verbundenen Teilgruppen in Netzwerken, in: Pappi, F.U. (Hg.), Methoden der Netzwerkanalyse, München 1987, S. 39–63.

21 Gerhard Brendler, Martin Luther. Theologie und Revolution, Berlin 1983, S. 123; Volkmar Joestel, 1517. Luthers 95 Thesen: Der Beginn der Reformation, Berlin 1995.

22 Walter Euchner, Der Ideenhorizont des frühen Sozialismus und seine Wahrnehmung in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Helga Grebing, Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000, S. 24.

23 Michael Kittner, Arbeitskämpfe. Geschichte – Recht – Gegenwart, München 2005, S. 28, 56, 69, 90, 124.

24 Manuel Castels, Das Informationszeitalter. Bd. 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2004.

insofern konsequent, als Netzwerke gerade dann für spannende Geschichten gut sind, wenn es um Autorität, Machtpositionen und Führerschaft geht. Solche Situationen sind in unterschiedlichen politischen Konstellationen und zu unterschiedlichen Zeiten anzutreffen. Gleichwohl könnte es scheinen, als ob dem Netzwerk-Phänomen von vornherein ein demokratischer Anspruch innewohnt, von dem auch autoritäre Regime oder Diktaturen nicht verschont bleiben. Allerdings gibt es auch Gegenargumente. Sie verweisen auf Netzwerke, denen ein solcher Ansatz fremd ist. In dieser Hinsicht dürfte die unter Mediävisten und Neuzeit-Historikern geführte Diskussion zur „konsensualen Herrschaft“ von Interesse sein.²⁵ So beschreibt Gerd Althoff in seiner Biographie Heinrichs IV. ein hochmittelalterliches Szenarium, das die Frage nach Parallelen in modernen Diktaturen nahelegt. Mit Blick auf die kaiserlichen Hoftage schreibt er: „Zum Verständnis dieser durchaus fremdartigen Vorgänge ist es notwendig, sich von der Fixierung auf die Funktionsweisen des modernen Staates zu lösen und sich auf das einzulassen, was in der modernen Forschung ‚konsensuale Herrschaft‘ genannt wird. Denn diese Form der Herrschaft ist gerade für das Hochmittelalter charakteristisch. In vielfältigen Formen von Beratung stellte man Einigkeit darüber her, was zu tun sei. Dies geschah in einer mehr oder weniger dichten Folge von Hoftagen, zu denen sich die Großen des Reiches mit dem König trafen. Da sich die Gruppe dieser ‚Großen‘ aus kirchlichen Würdenträgern und aus dem Laienadel zusammensetzte, darf man davon ausgehen, dass dem König aus durchaus unterschiedlichen Perspektiven und Interessen Rat gegeben wurde. Und nichts wäre unangemessener, als sich solche Beratungen wie Vorgänge demokratischer Willensbildung vorzustellen.“²⁶

Der hier skizzierte Vorgang eines Hoftages mag durchaus punktuelle Ähnlichkeiten mit den Herrschaftspraktiken und -inszenierungen kommunistischer Parteiherrschaft aufweisen. Es fällt nicht schwer, Szenarien zu finden, die, wie etwa eine Reihe von Politbürositzungen, ZK-Tagungen oder auch Beratungen von Walter Ulbrichts „Strategischem Arbeitskreis“, Elemente konsensualer Herrschaft aufwiesen. Weiter gefasst, aber in ähnliche Richtung deutend, ist der von Martin Sabrow eingeführte Begriff der „Konsensdiktatur“.²⁷ Wie weit die Parallelen zwischen der Herrschaft salischer Kaiser und Erich Honeckers Herrschaftsmethoden reichten, ob sie überhaupt relevant sind, ist hier nicht näher zu erörtern. Wichtig erscheint indes, dass Netzwerkstrukturen unter den Bedingungen konsensualer Herrschaft nicht nur existieren können, sondern dass sie diese Herrschaftsform auch funktionsfähig halten.

In der historischen Forschung werden solche Netzwerke im Allgemeinen als Interaktionsmuster von Personen oder Gruppen oder auch als hybride Akteurszusammenhänge wahrgenommen. Nach dem hilfreichen Prinzip „Sucht, und ihr werdet finden!“ (Matthäus 7,7; Lukas 11,9) wird man bei der Recherche nach solchen in bestimmten historischen Kontexten operierenden Personenzusammenhängen nahezu auf Schritt und Tritt fündig – und zwar in allen Gesellschaften. Wenn man die jüngst von dem Archäologen Klaus Schmidt

25 Vgl. Bernd Schneidmüller, *Konsensuale Herrschaft. Ein Essay über Formen und Konzepte politischer Ordnungen im Mittelalter*, in: Paul-Joachim Heinig u. a. (Hg.), *Reich, Regionen und Europa in Mittelalter und Neuzeit. Festschrift für Peter Moraw*, Berlin 2000, S. 53–87; Ralf Pröve/Norbert Winnige (Hg.), *Wissen ist Macht. Herrschaft und Kommunikation in Brandenburg-Preußen 1600–1850*, Berlin 2001.

26 Gerd Althoff, *Heinrich IV.*, Darmstadt 2006, S. 23.

27 Martin Sabrow, *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969*, München 2001.

präsentierten vorläufigen Ergebnisse der Ausgrabungen von Göbekli Tepe nicht falsch interpretiert, dürften soziale Netzwerke zu den Basisinnovationen der menschlichen Zivilisation im Allgemeinen und der ersten Hochkulturen im Besonderen zählen.²⁸ Insofern befänden sich sowohl das („kapitalistische“) Heroldsbach als auch die („sozialistische“) DDR – ohne dies zu ironisieren – in einer interessanten Tradition. Die Frage ist nun, was das für Netzwerke waren, die unter den Bedingungen des ostdeutschen „Realsozialismus“ entstanden, und welche davon das Kriterium eines speziellen „Musters“ erfüllten.

Strukturmerkmale

Wie also sahen solche Netzwerke aus? Woran erkennt man sie? Was unterschied sie von Koalitionen und hierarchisch aufgebauten Klientelbeziehungen? Es erscheint naheliegend, den Blick zuerst auf Funktionen und Handlungsfelder solcher Netzwerke zu richten. Folgt man etwa Johannes Weyer, so sind vier Typen sozialer Netzwerke nach Handlungsbereichen zu unterscheiden:

- Strategische Netzwerke – Unternehmensnetzwerke,
- Regionale Netzwerke,
- Policy- (Politik-Felder) -Netzwerke,
- Innovationsnetzwerke.²⁹

So nachvollziehbar diese Einteilung auch sein mag, ein originäres „DDR-Muster“ wäre hier nicht ohne weiteres einzuordnen. Das Schema basiert erkennbar, wie die Verwendung des Unternehmensbegriffs es zeigt, auf den Strukturen einer vorwiegend privat- und marktwirtschaftlich fundierten Konkurrenzdemokratie, in der Netzwerke sowohl Organisations- als auch informelle Formen haben können.³⁰ Man wird also eher fragen, ob es strukturell und funktional adäquate oder auch ganz andere Netzwerktypen in der DDR-Gesellschaft wie in anderen sozialistischen Ländern gab. Dafür spricht manches. So ist die Existenz vor allem an politische und wirtschaftliche Funktionsbereiche gebundener Policy-Netzwerke mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, vorausgesetzt, man definiert sie „als überwiegend informelle (aber auch formelle) Interaktion zwischen Akteuren, meist Organisationen oder Einzelpersonen (als Mitglieder von Organisationen) mit unterschiedlichen, aber wechselseitig abhängigen Interessen, die ein gemeinsames Handlungsproblem auf einer dezentralen,

28 Vgl. Klaus Schmidt, Göbekli Tepe and the Early Neolithic Sites of the Urfa Region: a synopsis of new results and Current Views, in: *Neolithics. A Newsletter of Southwest Asian Lithics Research*, 8 (2001), H. 1, S. 9–11; ders., *Sie bauten die ersten Tempel. Das rätselhafte Heiligtum der Steinzeitjäger. Die archäologische Entdeckung am Göbekli Tepe*, München, 2006², S. 243–255.

29 Johannes Weyer, *Soziale Netzwerke*, München 2000, passim.

30 N. Nohria, *Is a Network Perspective a Useful Way of Studying Organizations?*, in: ders./R. Eccles (Hg.), *Networks and Organizations: Structure, Form and Action*, Boston 1992, S. 1–22.

nicht-hierarchischen Ebene bearbeiten.“³¹ Das entspricht Szenarien, wie sie der Alltag in der DDR in vielfachen Variationen bereithielt. Mit größerer Skepsis ist angesichts der hochgradig zentralisierten politischen und ökonomischen Entscheidungsprozesse nach strategischen und Innovationsnetzwerken zu fragen, wenngleich auch deren Existenz nicht ausgeschlossen ist. Allerdings wird man bei den in die Machtkämpfe von 1953, 1956, 1970 und 1989 verwickelten Gruppen in den Spitzengremien der SED zwischen Netzwerken und fragilen Ad-hoc-Koalitionen zu unterscheiden haben.³²

In der Unterscheidung zwischen solchen Policy-Netzwerken und im Kampf um Macht und Herrschaft entstandenen Koalitionen scheint ein Modell auf, wie Max Weber es in „Wirtschaft und Gesellschaft“ mit seinen Funktionsbestimmungen von „Betriebsverband“ und „Herrschaftsverband“ vorgestellt hat. Mit „Betriebsverband“ definiert Weber den Betrieb als kontinuierliches Zweckhandeln bestimmter Art. Der Betriebsverband sei eine Vergesellschaftung mit kontinuierlich zweckhandelndem Verwaltungsstab. Unter den Begriff des „Betriebs“ falle „natürlich auch der Vollzug von politischen und hierurgischen Geschäften, Vereinsgeschäften usw., soweit das Merkmal der zweckhaften Kontinuität zutrifft“,³³ In diesem Kontext dürften Weyers Netzwerktypen ihren Platz haben. Hinzu kommt eine beträchtliche Affinität der schon häufiger diskutierten „Betriebsförmigkeit“ der DDR-Gesellschaft zum „Betriebsverband“ im Sinne Webers.

Davon ist der auf Macht gegründete „Herrschaftsverband“ deutlich zu unterscheiden. Macht bedeute, so Weber, „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“. Herrschaft sei „die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden; Disziplin soll heißen die Chance, kraft eingeübter Einstellung für einen Befehl prompten, automatischen und schematischen Gehorsam bei einer angebbaren Vielheit von Menschen zu finden.“ Der Begriff „Macht“ sei soziologisch amorph. „Alle denkbaren Qualitäten eines Menschen und alle denkbaren Konstellationen können jemand in die Lage versetzen, seinen Willen in einer gegebenen Situation durchzusetzen. Der soziologische Begriff der ‚Herrschaft‘ muss daher ein präziserer sein und kann nur die Chance bedeuten: für einen Befehl Fügsamkeit zu finden.“ Der Begriff der „Disziplin“ schließe die „Eingeübtheit“ des kritik- und widerstandslosen Massengehorsams ein. „Der Tatbestand einer Herrschaft ist nur an das aktuelle Vorhandensein eines erfolgreich andern Befehlenden, aber weder unbedingt an die Existenz eines Verwaltungsstabes noch eines Verbandes geknüpft; dagegen allerdings – wenigstens in allen normalen Fällen – an die eines von beiden. Ein

31 Adrienne Héritier, Policy-Netzwerkanalysen als Untersuchungsinstrument im europäischen Kontext: Folgerungen aus einer empirischen Studie regulativer Politik, in: dies. (Hg.), Policy-Analyse, Kritik und Neuorientierung, PVS Sonderheft 24 (1993), S. 432–450, hier 432f.

32 Vgl. Heike Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster/Hamburg/London 2003; Werner Müller, Gab es in Deutschland einen demokratischen Kommunismus?, in: Uwe Backes/Stéphane Courtois, „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 323–382, hier 369–378.

33 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 165. Digitale Bibliothek Band 58: Max Weber, S. 1493 (vgl. Weber-WuG, S. 28).

Verband soll insoweit, als seine Mitglieder als solche kraft geltender Ordnung Herrschaftsbeziehungen unterworfen sind, Herrschaftsverband heißen.“³⁴

Selbst wenn die Unterscheidung zwischen „Betriebs-“ und „Herrschaftsverband“ nicht absolut sein kann, wie auch Weber an anderer Stelle die Relativität dieser Abgrenzung betont, wird man gleichwohl die Differenz ernst nehmen müssen.³⁵ Dies ist schon deshalb notwendig, weil sich die in der DDR vorherrschenden Netzwerktypen, wie es scheint, durch sehr flache Hierarchien auszeichneten. Das gilt für die Eliten-Netzwerke ebenso wie für die vielfältigen Beziehungs- bzw. Beschaffungsnetzwerke und nicht zuletzt für zahllose private Freundschaftsnetzwerke, die in allen Bevölkerungsschichten anzutreffen waren. Der in Heroldsbach erhobene Vorwurf allerdings dürfte sich wohl nur auf die Ersteren erstrecken haben. Sie sollen im Weiteren etwas genauer betrachtet werden.

Das NÖS – ein Netzwerkeldorado?

Wie etwa das Beispiel der unter den Bezeichnungen „Neues ökonomisches System der Planung und Leitung“ (NÖS) und „Ökonomisches System des Sozialismus“ (ÖSS) bekannten Wirtschaftsreform der sechziger Jahre zeigt, agierten Netzwerke sowohl im Bereich der Machtelite als auch unter den Funktionseliten.³⁶ Die Spannweite reichte vom Netzwerk der in den sechziger Jahren um Walter Ulbricht gruppierten „NÖS-Mannschaft“ über den zu ihrer Unterstützung installierten „Strategischen Arbeitskreis“ bis hin zu den Anti-Ulbricht-Frondeuren, die sich in den späten sechziger Jahren um Erich Honecker sammelten.³⁷ Daneben etablierten sich in verstärktem Maße innerhalb der wirtschaftlichen Funktionseliten Beschaffungsnetzwerke, die versuchten, Steuerungsdefizite des nur inkonsequent reformierten Wirtschaftssystems durch gegenseitigen Ressourcentausch zu kompensieren.³⁸ Und schließlich entstanden verstärkt und nicht trotz, sondern wegen des seit den späten fünfziger Jahren angestiegenen Lebensstandards private Beschaffungs- bzw. Tauschnetzwerke. In wohl eher begrenztem Umfang wird auch die Existenz von Karrierenetzwerken innerhalb der DDR-Eliten anzunehmen sein. Allerdings wurde deren Entwicklung massiv durch die zentralisierte Kaderpolitik der SED überlagert. Singuläre politische Netzwerke in Form innerparteilicher Fraktionen oder oppositioneller Gruppen blieben offenbar eine reale, mitunter aber auch wohl nur herbeigeredete Erscheinung der frühen und der späten DDR.³⁹

34 Ebd., S. 166. Digitale Bibliothek Band 58: Max Weber, S. 1494 (vgl. Weber-WuG, S. 28f.).

35 Ebd., S. 167. Digitale Bibliothek Band 58: Max Weber, S. 1495 (vgl. Weber-WuG, S. 29).

36 Einen guten Einblick in die Problematik gewährt Peter Fäßler, „Gegenelite“ versus „strategische Clique“. Kaderpolitik und -entwicklung während der DDR-Wirtschaftsreform, in: Christoph Boyer (Hg.), Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich, Frankfurt a. M. 2006, S. 559–595.

37 Ausführlich hierzu: Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997; André Steiner, Die Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999.

38 S. den Beitrag von Friederike Sattler in diesem Band.

39 Vgl. Müller, Gab es in Deutschland einen demokratischen Kommunismus?, S. 369–378.

Im Allgemeinen dürften solche Netzwerke nach dem Prinzip „Hilfst Du mir, helf ich Dir“ funktioniert haben. Das wäre jedoch weder sonderlich aufregend, noch könnte man darin ein „DDR-Muster“ erkennen. Im Hinblick darauf verdient eine Form von Netzwerken Beachtung, die sich auf der Ebene lokaler Funktionsebenen zwischen Betrieben und Kommunen herausbildete. Der Ausgangspunkt hierfür ist in dem Umstand zu sehen, dass das tägliche Leben in der DDR im Laufe der Zeit zunehmend Züge des Betriebsalltags annahm. Die Entwicklung des Wohnungsbaus, der Infrastruktur und die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kleidung und technischen Konsumgütern folgten nach Maßgabe der verfügbaren Ressourcen vor allem den Bedürfnissen größerer Betriebe und ihrer Beschäftigten.⁴⁰

Schon in den frühen fünfziger Jahren entdeckte man, dass diese Bedürfnisse im Rahmen der zentralen Planung nie vollständig zu befriedigen waren. In diese Richtung argumentierte beispielsweise der FDGB-Bundesvorstand bereits 1950.⁴¹ Auch Bruno Leuschner, zu dieser Zeit immerhin Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, verlangte, man solle „ernsthafte Maßnahmen zur wirklichen Ausnutzung aller örtlichen Reserven, d. h. zur Mobilisierung von Materialien, Arbeitskräften usw. für die Deckung der örtlichen Bedürfnisse ergreifen“. Es müssten „nicht immer alle Fragen zentral gelöst werden.“⁴² Ergänzend mehrten sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auch Plädoyers für eine größere Eigenverantwortung der Betriebe.⁴³ Hierin deuteten sich nicht nur Grundzüge der 1963 begonnenen Wirtschaftsreform an, auch die Tendenz zur Improvisation wurde stärker.⁴⁴ Die Planer begannen besonders im Hinblick auf die Sozial- und Konsumpolitik außerplanmäßige Lösungen geradezu einzukalkulieren. So setzten sie darauf, Sozialmaßnahmen von Betrieben, Städten und Gemeinden wenigstens partiell aus lokalen, im Plan nicht bilanzierten Ressourcen zu ermöglichen.⁴⁵

„Außerplanmäßige“ Ressourcen wurden angezapft, um die Dinge zu tun, für die im Staatsplan kein Platz war. Infrastruktur-, Konsum- und Sozialpolitik bildeten hierbei die wichtigsten Handlungsfelder. Vielfach kooperierten Betriebe und Kommunalverwaltungen bei der improvisatorischen Beschaffung defizitärer Waren. Betriebliche Sozialpolitik, kommunale Sozialplanung und territoriale Rationalisierung erlangten auf diese Weise auch in

40 Peter Hübner, Betriebe als Träger der Sozialpolitik, betriebliche Sozialpolitik, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, hg. v. Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung, Bundesarchiv, Bd. 8: Deutsche Demokratische Republik 1949–1961: Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus, hg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin v. Dierk Hoffmann/Michael Schwartz, Baden-Baden 2004, S. 729–773.

41 Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes 1947–1949, hg. v. Bundesvorstand des FDGB, Berlin 1950, S. 256.

42 Bruno Leuschner, Die Hauptaufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1951 – das erste Jahr des Fünfjahresplanes, in: Einheit 6 (1951), S. 174–183, hier 182f.

43 Bruno Leuschner, Mit Optimismus und Zuversicht ans Werk. Aus dem Schlußwort auf der Ökonomischen Konferenz der Textil- und Bekleidungsindustrie in Karl-Marx-Stadt, 23. April 1960, in: Bruno Leuschner, Ökonomie und Klassenkampf. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1945–1965, Berlin 1984, S. 389–393, hier 391.

44 Vgl. Peter Hübner, Durch Planung zur Improvisation. Zur Geschichte des Leitungspersonals in der staatlichen Industrie der DDR, in: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 197–233.

45 Ders., Reformen in der DDR der sechziger Jahre: Konsum- und Sozialpolitik, in: Christoph Boyer (Hg.), Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich, Frankfurt a. M. 2006, S. 501–539.

späteren Jahren für das familiäre und individuelle Leben erhebliche Bedeutung.⁴⁶ Lokale Netzwerke von Entscheidungsträgern versuchten betriebliche und kommunale Interessen für die Betreuungs- und Versorgungspolitik zu aktivieren. Man wird dies nicht idealisieren dürfen. Es waren, was übrigens auch für andere sozialistische Länder galt, Versuche, Ressourcen- und Steuerungsdefizite der sozialistischen Mangelwirtschaft durch Improvisation zu lindern.⁴⁷ Auch ist dies möglicherweise auf dem Dorf besser gelungen als in der Stadt. Gleichwohl barg dieses relativ schwach formalisierte Zusammenspiel von Betrieben, Städten und Gemeinden beträchtliche Entwicklungspotentiale.⁴⁸

Die Frage stellt sich, was in solchen Fällen die beteiligten Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre bewog, keinen „Dienst nach Vorschrift“ zu machen, sondern eben durch Improvisation durchaus auch persönliche Risiken in Kauf zu nehmen. Besonders die zu meist nichtformalisierte Kooperation von Betriebsleitungen und kommunalen Verwaltungen war ja nicht frei von Unwägbarkeiten. Und nicht selten standen die möglichen positiven Ergebnisse einer solchen Zusammenarbeit in einem eher ungünstigen Verhältnis zum Ärger, den vorgesetzte Stellen verursachen konnten, indem sie auf Plan- und Parteidisziplin pochten. Spätestens jedoch seit der Einführung des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ (NÖS) und der damit betonten „Eigenverantwortung“ der Betriebe erschien die Sache in einem günstigeren Licht. Vor allem machte sich hierbei geltend, dass die SED-Führung unter Walter Ulbricht sehr bewusst auf eine stärkere sozialpolitische Flankierung der Wirtschaftsreform verzichtete und dafür auf die Ausnutzung örtlicher Ressourcen setzte.⁴⁹

Die Staatliche Plankommission ließ solche lokalen Beziehungen seit 1964 in verschiedenen Betrieben untersuchen. 1967 konstatierte sie, die „Möglichkeiten, die für das Zusammenwirken der Betriebe und örtlichen Organe bestehen“ und für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen genutzt werden könnten, seien nicht ausgeschöpft.⁵⁰ Für eine effektive Koordination sozialpolitischer Aktivitäten auf kommunaler und betrieblicher Ebene schlug sie ein System vor, das später unter der Bezeichnung „territoriale Rationalisierung“ ein erhebliches Improvisationsvermögen freisetzte.⁵¹ Auch die Vertreter der FDGB-Hochschule gelangten zu ähnlichen Ergebnissen. Mit „der planmäßigen Entwicklung der

46 Vgl. u. a. Arnold Zimmermann, *Territoriale Rationalisierung als Intensivierungsaufgabe*, Berlin 1978.

47 Exemplarisch hierfür: Małgorzata Mazurek, *Socjalistyczny zakład pracy. Porównanie fabrycznej codzienności w PRL i NRD u progu lat sześćdziesiątych* [Der sozialistische Betrieb. Ein Vergleich des Fabrikalltags in der Volksrepublik Polen und der DDR zu Beginn der sechziger Jahre], Warszawa 2005.

48 Vgl. Sylke Behrendts, *Erklärung von Gruppenphänomenen in der Wirtschaftspolitik*, Berlin 1999; Hans-Rudolf Peters, *Wirtschaftspolitik*, München/Wien, 2000, S. 79–81; Franz Traxler, *Die Metamorphosen des Korporatismus: vom klassischen zum schlanken Muster*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42 (2001) H. 4, S. 590–623.

49 Peter Hübner, *Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Handlungsfelder*, in: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*. hg. v. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv. Bd. 9: Christoph Kleßmann (Hg.), *Deutsche Demokratische Republik 1961–1971. Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung*, Baden-Baden 2006, S. 77–145.

50 SPK, ZK-Abt. *Planung des Lebensstandards, Information über einige Probleme der Planung der Arbeits- und Lebensbedingungen*, März 1967, SAPMO-BArch, DY 34, 6787.

51 Rudolf Bechmann, *Zu Problemen der Wechselbeziehungen zwischen den sozialistischen Produktionsverhältnissen und anderen gesellschaftlichen Verhältnissen aus territorialer Sicht*, Berlin 1981, S. 64–75.

Arbeitsbedingungen der Werktätigen bei der komplexen sozialistischen Rationalisierung und sich daraus ergebende Aufgaben der Gewerkschaften“ befasst, schlussfolgerte man dort, es könne „keine feststehende Größe optimaler Arbeitsbedingungen“ geben. Besser solle man von variierenden betrieblichen Bedingungen in bestimmten Grenzen ausgehen. Eine optimale Entscheidung dürfe sich deshalb nicht von einem einzigen Faktor allein herleiten.⁵² Grundsätzlich ließen sich hinter all diesen Erörterungen und Vorschlägen zwei Absichten erkennen: Zum einen ging es darum, lokale Kompetenz und lokales Engagement für die im großen Rahmen vorgegebenen wirtschaftlichen und sozialen Ziele zu mobilisieren. Zum anderen sollte die in der Regel größere Detail- und Problemkenntnis lokaler Akteure wohl auch für das Ausloten alternativer Varianten genutzt werden.

Der Zeitpunkt dieser Diskussion im Frühjahr 1967 war keineswegs zufällig. Er fiel mit einer Debatte um die Zukunft des NÖS zusammen.⁵³ Ziemlich genau auf der in diesem Kontext entwickelten Argumentationslinie definierte Walter Ulbricht das NÖS in seinem Parteitageferat vom April 1967 als Zusammenhang von zentraler Planung, flexibler Leitung und lokaler Eigenverantwortung.⁵⁴ Das war bemerkenswert, doch legte damit noch niemand die Axt an die Wurzel des zentralen Planungssystems. Vielmehr ging es um eine dosierte und auf jeden Fall auch kontrollierte Dezentralisierung im Interesse größerer Flexibilität. Die Annahme, hier werde ein Teil der zentralen staatlichen Steuerungskompetenz an die betriebliche und kommunale Ebene abgegeben, um die Potentiale lokaler Initiativen zu erschließen, griffe zu weit. Während Letzteres zweifellos beabsichtigt war, stand die Möglichkeit einer Intervention „von oben“ nie in Frage. Fraglich blieb allerdings auch, inwieweit sich den Akteuren an der Spitze der SED die Konsequenzen erschlossen. Zumindest bei der Honecker-Fraktion scheint die Furcht vor den Risiken ein starkes Motiv politischen Handelns gewesen zu sein.⁵⁵

Ging es hier um Handlungsräume für lokale Akteure und damit zugleich auch um die Möglichkeit von Netzbildungen, so enthielt Ulbrichts Parteitageferat noch einen anderen Punkt, der die Netzwerk-Problematik zumindest tangierte. In einer längeren Passage zur Sozialpolitik wurde diese zunächst ganz allgemein als „Ausdruck der gesellschaftlichen Sorge um den Menschen“ beschrieben. Sie habe Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen, „die der Entwicklung aller Bürger und der Erhaltung und Förderung der Arbeitskraft dienen.“⁵⁶ Das entsprach der Arbeitszentrierung der DDR-Gesellschaft und bot nichts Überraschendes. Dann aber hieß es, Sozialpolitik könne nicht allein Sache des Staates sein, sondern sie müsse sich auch auf die Solidarität der Menschen untereinander gründen. „Die

52 Institut Sozialpolitik der Gewerkschaften, Gerhard Tietze, Heinz Menzner und Gunnar Winkler, „Der Zusammenhang der komplexen sozialistischen Rationalisierung mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Aufgaben der Gewerkschaften“ (Entwurf), undat., (Febr./März 1967), SAPMO-BArch, DY 34, 624, S. 8.

53 André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004, S. 142–151; ders., *Die DDR-Wirtschaftsreform*, S. 407–435.

54 Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 17. bis 22. April 1967 in der Werner Seelenbinder-Halle zu Berlin. Bd. 1: 1.–3. Verhandlungstag, Berlin 1967, S. 142.

55 Vgl. u. a. Günter Mittag, *Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme*, Berlin/Weimar 1991, S. 143f.

56 Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages, Bd. 1, S. 239.

Verbundenheit und Solidarität mit den Menschen neben uns, die Sicherheit für jeden, mit seinen Problemen nicht allein zu sein – das charakterisiert die sozialistische Menschengemeinschaft.⁵⁷ Der Passus wirft die Frage auf, ob man es hier, jenseits der Formel von der sozialistischen Menschengemeinschaft, mit einem Plädoyer für eine DDR-Variante des Subsidiaritätsprinzips zu tun hatte. Anklänge daran ließen sich auch hinter dem Prinzip der „Eigenerwirtschaftung“ vermuten, das den Betrieben auferlegte, auch die Mittel für kulturelle und soziale Betreuungseinrichtungen aus den eigenen Gewinnen zu finanzieren.⁵⁸ Nach dem VII. Parteitag der SED widmete der Bundesvorstand des FDGB diesem Thema eine eigene Arbeitsgemeinschaft.⁵⁹ Ebenso fallen in diesem Zusammenhang einige andere Faktoren auf, die eine gewisse Affinität zur Eigen-, mitunter sogar zur Privatinitiative erkennen lassen. Beispielsweise wurden den noch verbliebenen Privatbetrieben, den Betrieben mit staatlicher Beteiligung wie auch den Genossenschaften in Handwerk, Landwirtschaft usw. während der NÖS-Periode größerer Spielraum gewährt.⁶⁰ Ähnliches ließe sich von einem Teil der in der DDR wirkenden sozialen Dienste sagen.⁶¹ Alles dies konnte als Appell an den „alten Adam“ verstanden werden. Der „neue Mensch“ einer kommunistischen Gesellschaft war hier jedenfalls nicht gefragt.⁶²

Subsidiäre Funktionen?

Ohne an dieser Stelle dem Problem nachgehen zu wollen, welche Funktion das Privateigentum im Sozialismus haben konnte, bleibt auf jeden Fall der Versuch erwähnenswert, soziale und teils sogar wirtschaftliche Aufgaben der individuellen oder auch der kollektiven Initiative zu überlassen. Dies zielte auf eine Entlastung des NÖS-Mechanismus ebenso wie auf die des Staatshaushaltes, der im Zeichen der Strukturpolitik verstärkt für Modernisierungsinvestitionen in Anspruch genommen wurde.⁶³ Folgte die DDR damit also doch einer besonderen Form des Subsidiaritätsprinzips?

57 Ebd., S. 214.

58 S. hierzu Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform, S. 41–425, 476–489; vgl. auch Angelika Oelschläger, „Die Millionenkinder von Leuna“. Kosten und Finanzierung betrieblicher Sozialleistungen in der DDR am Beispiel des VEB Leuna-Werke, Univ. Bremen (Diplomarbeit am FB 7) 1997.

59 Bundesvorstand des FDGB, ZK-Abt. Arbeiterversorgung/Arbeiterkontrolle, Niederschrift über die konstituierende Sitzung der „Arbeitsgemeinschaft für die Entwicklung neuer Grundsätze der Anwendung von Normativen auf dem Gebiet der Arbeits- und Lebensbedingungen als Grundlage für die perspektivische Neugestaltung des Kultur- und Sozialfonds“ am 19. 5. 1967, vom 26. 5. 1967, SAPMO-BArch, DY 34, 9650.

60 Maria Haendcke-Hoppe, Privatwirtschaft in der DDR: Geschichte, Struktur, Bedeutung, Berlin 1982.

61 Vgl. Soziale Dienste, in: FDGB-Lexikon: Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945–1990), (=Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 36/2005) hg. von Dieter Dowe/Karlheinz Kuba/Manfred Wilke. Bearbeitet von Michael Kubina, Berlin 2005 (Arbeitsversion).

62 Vgl. Manfred Kappeler, Der schreckliche Traum vom vollkommenen Menschen, Marburg 2000; Susanne Schattenberg, Der neue Mensch. Jüngste Entwicklungen in der Stalinismusforschung, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 26/27 (2002), S. 17–19.

63 Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform, S. 489–498.

In seinen Hauptmerkmalen thomistisch-naturrechtlich fundiert und zugleich essentiell für die Soziallehre der Katholischen Kirche, geht der Grundsatz der Subsidiarität davon aus, dass die Gesellschaft die Tätigkeit ihrer Mitglieder nicht ersetzen und aufheben solle, sondern ergänzen und fördern möge, wobei die jeweils kleinere Gruppe möglichst viele Aufgaben übernimmt.⁶⁴ Dieses Prinzip lief dem zentralistischen Staats- und Gesellschaftsmodell der DDR prinzipiell zuwider. Umso bemerkenswerter erscheint im gegebenen Fall die Aktivierung lokaler Kooperation und des privaten Interesses als komplementäres Element staatlicher Politik, insbesondere der Sozialpolitik. Für die politischen Entscheidungsträger der Reformperiode war damit aber kein Strategiewechsel verbunden. Im Unterschied etwa zu der von Ludwig Erhard dem Wirtschaftsbürger in den Mund gelegten Formulierung „Kümmere du, Staat, dich nicht um meine Angelegenheiten, sondern gib mir soviel Freiheit und laß mir von dem Ertrag meiner Arbeit soviel, daß ich meine Existenz, mein Schicksal und dasjenige meiner Familie selbst zu gestalten in der Lage bin“⁶⁵, sollte der DDR-Staat in der dominierenden Position bleiben. Im übertragenen Sinne wäre es an ihm zu sagen: „Du, Bürger des sozialistischen Staates, meine wirtschaftliche Leistungskraft hat ihre Grenzen, soziale Zuwendungen und Sicherungen hängen davon ab. Wenn Du mehr haben willst, tue dich an Ort und Stelle mit anderen zusammen, um dir selbst zu helfen. Du darfst es, soweit du meine eigenen Ziele förderst, aber nur so.“ So oder so ähnlich ließe sich die Haltung der NÖS-Protagonisten paraphrasieren. Sie resultierte sicher nicht aus der Überzeugung, dass flexibel agierende Individuen oder kleine Gruppen dem „System ökonomischer Hebel“ überlegen seien, vielmehr reagierte man damit auf offenkundig gewordene Steuerungsdefizite der sozialistischen Wirtschaft. Die Triade aus zentraler Planung, flexibler Leitung und lokaler Eigenverantwortung entsprach der damit verbundenen Erwartung durchaus. Doch bildete sie nicht einfach eine Aufzählung, sondern in der Reihenfolge von Leitung, Planung und Eigenverantwortung war sie hierarchisch strukturiert und entsprach, so gesehen, einem umgestülpten Subsidiaritätsprinzip.

Alles dies lief auf eine sehr begrenzte, dennoch reale Öffnung zu individueller bzw. kollektiver Verantwortung und Leistung hinaus. Darin aber lediglich einen nichtintendierten Nebeneffekt des NÖS oder gar nur eine kurzfristige Reparaturmaßnahme sehen zu wollen, griffe wohl zu kurz. Schon im Ansatz barg die Wirtschaftsreform mit der Kategorie des persönlichen Interesses ein politisch schwer zu kalkulierendes Potential. Auch die Forderung nach Leistung und Solidarität war geeignet, die Frage nach Handlungsräumen und Freiheit aufzuwerfen. Wie schnell die Parteiregime Mittel- und Osteuropas damit eine unkalkulierbare Dynamik in Gang setzen konnten, hatte der „Prager Frühling“ im Jahr 1968 gezeigt.⁶⁶ Umso bemerkenswerter erscheint es, wenn die sogenannte „Normalisierung“ im Rahmen des „real existierenden“ Sozialismus zwar auf eine Rezentralisierung der Macht- und Planungsstrukturen hinauslief, zugleich aber die bestehenden Netzwerke lokaler und

64 Karl Homann und Christian Kirchner, Das Subsidiaritätsprinzip in der Katholischen Soziallehre und in der Ökonomik, in: Europa zwischen Ordnungswettbewerb und Harmonisierung: europäische Ordnungspolitik im Zeichen der Subsidiarität, hg. v. Lüder Gerken, Berlin/Heidelberg 1995, S. 45–74.

65 Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, S. 262f.

66 Mark Kurlansky, 1968: Das Jahr, das die Welt veränderte, München 2007.

regionaler Akteure unangetastet ließ.⁶⁷ Man könnte sogar noch weitergehen: Die um 1970 eingeleitete strategische Wende im Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik erforderte geradezu deren Wirken als flexibles Korrektiv. Improvisationsvermögen wurde in der DDR ebenso zum Markenzeichen des betriebswirtschaftlichen Geschehens wie die weiter ausgebauten „territoriale Rationalisierung“. Nach 1990 mit Wirtschaftsverantwortlichen der DDR geführte Interviews gewähren instruktive Einblicke in diesen Mechanismus.⁶⁸ „Unter DDR-Bedingungen mußte man ein König der Improvisation sein, man mußte vieles beherrschen, was hier [d. h. in der Bundesrepublik, P.H.] in der Wirtschaft überhaupt nicht bekannt ist“, erklärte einer der Interviewten, der Generaldirektor von Carl Zeiss Jena, und meinte damit nicht zuletzt einen recht eigenwilligen, im Wesentlichen zwischen Wirtschaft, Politik und Sozialem changierenden Netzwerkbetrieb.⁶⁹ Beispiele dieser Art wurden bislang meist im Kontext anderer Vorgänge, aber kaum als eigener Forschungsgegenstand systematisch untersucht. Gleichwohl finden sich nicht wenige Belege für das Entstehen und Wirken inner- und zwischenbetrieblicher Management-Netzwerke, für Netzwerke betrieblicher Führungskräfte und lokal oder regional zuständiger SED-Leitungen, vor allem aber für Netzwerke von Betriebs- und Kommunalfunktionären in der inzwischen schon recht umfangreichen Literatur zur Geschichte der industriellen Arbeit.⁷⁰ Einen genauen Einblick in Netzwerkstrukturen der späten DDR gewährte Landolf Scherzer mit einer ins Detail gehenden Reportage über den Alltag eines Kreissekretärs der SED.⁷¹

In vielen Fällen handelte es sich um Beschaffungsnetzwerke oder, wie Friederike Sattler es nennt, kompensatorische Netzwerke.⁷² Sie gehörten gewissermaßen zum Inventar der sozialistischen Planwirtschaft, die immer auch eine Mangelwirtschaft war und den Zwang zur Kompensation aus sich heraus erzeugte.⁷³ Hierin zeigten sich Anklänge an Situationen der Kriegswirtschaft im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Der Vergleich damit könnte schon deshalb von Interesse sein, weil er die Frage nach der Pfadabhängigkeit auch aus einem anderen Blickwinkel beleuchtet: Der Versuch, Mangel an benötigten Erzeugnissen in einer gelenkten Wirtschaft zu mildern oder zu beheben, führte zu ähnlichen zweckrationalen Verhaltensweisen. Netzwerken kam dabei oft eine Schlüsselfunktion zu. Vor allem Unterneh-

67 Peter Hübner, Norm, Normalität, Normalisierung: Quellen und Ziele eines gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsels im sowjetischen Block um 1970, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 28/29, Januar 2003, S. 24–40.

68 Theo Pirker/M. Rainer Lepsius/Rainer Weinert/Hans Hermann Hertle, Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995.

69 Ebd., S. 215; s. hierzu auch: Wolfgang Mühlfriedel/Edith Hellmuth, Carl Zeiss in Jena 1945–1990 (=Wolfgang Mühlfriedel/Rolf Walter (Hg.), Carl Zeiss. Die Geschichte eines Unternehmens, Bd. 3), Köln/Weimar/Wien 2004, bes. S. 281–314.

70 Vgl. hierzu u. a. Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999; Peter Alheit/Hanna Haack, Die vergessene „Autonomie“ der Arbeiter. Eine Studie zum frühen Scheitern der DDR am Beispiel der Neptun-Werft, Berlin 2004; Hermann-Josef Rupieper/Friederike Sattler/Georg Wagner-Kyora (Hg.), Die mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im 20. Jahrhundert, Halle (Saale) 2005; Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln/Weimar/Wien 2005.

71 Landolf Scherzer, Der Erste. Protokoll einer Begegnung, Rudolstadt 1988.

72 Vgl. den Beitrag von Friederike Sattler in diesem Band.

73 Rolf Walter, Wirtschaftsgeschichte. Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart, Köln/Weimar/Wien 2000³, S. 274f.

mengeschichten liefern hierfür zahlreiche Beispiele. Zu nennen wären etwa die Beschaffungsnetzwerke der Fried. Krupp AG und der elektrochemischen Werke in Bitterfeld als exemplarische Fälle etablierter Firmen und die des Volkswagenwerkes bei Fallersleben wie auch des Werkes Schwarzheide der Braunkohle-Benzin AG als Beispiele für Neugründungen kurz vor dem Zweiten Weltkrieg.⁷⁴

Zur Kategorie innerbetrieblicher bzw. betrieblich-kommunaler Netzwerke dürften in der Regel auch solche zu zählen sein, die man als Solidar-Netzwerke bezeichnen könnte. Exemplarisch in dieser Hinsicht sind die lokalen Strukturen der „Volkssolidarität“ zu nennen. Anhand von personifizierten Einzelbeispielen hat Philipp Springer gezeigt, dass die vernetzten Aktivitäten ihrer meist ehrenamtlichen Mitarbeiter über den von der staatlichen Sozialpolitik vorgegebenen Rahmen hinausgehend eine Teilautonomie erlangten.⁷⁵ Andere und zudem besonders häufige Formen von Solidar-Netzwerken waren an den Arbeitsstätten anzutreffen. Ihre unmittelbaren Akteure kannten sich aus dem täglichen Berufsleben, aber oft auch aus anderen Zusammenhängen wie Wohnnachbarschaft und Freizeit. Eine wichtige Rolle für solche Netzwerkbildungen spielten besonders seit den sechziger Jahren die Arbeitsbrigaden, die man in allen größeren Betrieben antreffen konnte.⁷⁶ Vielfach ging es um gegenseitige Hilfe bei der täglichen Lebensbewältigung: Einkauf, Kinderbetreuung, Wohnungsrenovierung, aber auch Freizeit. Man wird dies nicht idealisieren und generalisieren dürfen, aber dieses System funktionierte offenbar erstaunlich gut. Es reichte im Einzelfall weit über das gewohnte Maß hinaus, nicht frei von einem patriarchalischen Gestus. So beschreibt etwa Hansjürgen Pröger, wie sich die Mitarbeiter einer Abteilung des Forschungszentrums im Kombinat Carl Zeiss Jena jahrelang um einen erkrankten Kollegen kümmerten, der im Rahmen seiner Möglichkeiten auch weiter beschäftigt blieb. Beachtenswert an diesem Beispiel erscheint auch, wie horizontal strukturierte Netzwerke vertikal in die betriebliche Hierarchie ausstrahlen konnten: Immerhin erteilte der wegen seines robusten Umgangs von vielen gefürchtete Generaldirektor des Kombinats sein ausdrückliches Plazet.⁷⁷

Die hier nur knapp umrissenen Beispiele über- und innerbetrieblicher Netzwerke legen die Vermutung nahe, dass die Suche nach einem „DDR-Muster“ ins Leere laufen könnte. Zu eindeutig sind die Hinweise auf eine erhebliche Pfadabhängigkeit von früheren Formen betrieblicher und kommunaler Sozialpolitik. Auch die Beschaffungsnetzwerke wiesen solche Bindungen auf. Damit werden die unvermeidlich spezifischen Bedingungen der Netzwerkbildung in der DDR nicht in Abrede gestellt. Vor allem die Dominanz staatlichen Ei-

74 S. hierzu u. a. Werner Abelshäuser, Rüstungsschmiede der Nation? Der Kruppkonzern im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit 1933 bis 1953, in: Lothar Gall (Hg.), *Krupp im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung*, Berlin 2002, S. 267–472, hier bes. 328–353; Dirk Hackenholz, *Die elektrochemischen Werke in Bitterfeld 1914–1945. Ein Standort der IG Farbenindustrie AG*, Münster 2004, bes. S. 277–287; Hans Mommsen/Manfred Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, Düsseldorf 1997³, S. 155–176, 601–623; Hans-Joachim Jeschke, *Aus der Geschichte des Chemiewerkes Schwarzheide, Teil 1: 1935 bis 1945*, Schwarzheide 2003, S. 53–56.

75 Philipp Springer, „Da kommt’ ich mich dann so’n bißchen entfalten“. Die Volkssolidarität in der SBZ/DDR 1945–1969, Frankfurt a. M. u. a. 1999, S. 191f.

76 Peter Hübner, *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970*, Berlin 1995, S. 212–245.

77 Hansjürgen Pröger, *Mikrostrukturen. Erinnerungen an ein Arbeitsleben bei Carl Zeiss Jena*, Jena 2003, S. 209–212.

gentums und die mit omnipotentem Anspruch versehenen Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten der Parteidiktatur sind zu beachten. Gleichwohl gibt es gute Argumente, die für korporative und subsidiäre Handlungspotentiale des betrieblichen Managements und der Kommunalverwaltungen sprechen.

Eine DDR-Version des Mikro-Korporatismus?

Der an sich nicht überraschende Umstand, dass es bereits seit den frühen Zeiten der DDR netzwerkartige Beziehungen zwischen Betrieben und Kommunalverwaltungen gab, legt die Frage nahe, ob man es mit einer sozialistischen Mutation korporatistischer Strukturen zu tun hatte. Hierbei steht nicht das Modell eines besonders an das Verbändewesen gekoppelten Korporatismus im Zentrum des Interesses.⁷⁸ Dieses erscheint wenig geeignet, gesellschaftliche und politische Zusammenhänge in der DDR abzubilden, doch verdient der u. a. von Alan Cawson vertretene Ansatz des Mikrokorporatismus Beachtung, weil dieser sich im Wesentlichen auf das Verhältnis einzelner Unternehmen zu staatlichen Akteuren bezieht.⁷⁹

Idealtypisch funktioniert Korporatismus als Instrument der Interessendurchsetzung und als Instrument der Durchsetzung gesamtgesellschaftlicher Imperative. Praktisch vollzieht sich das durch die Einbindung von Verbänden in den Staat, wobei Makrokorporatismus (nationale Ebene), Mesokorporatismus (regionale Ebene) und Mikrokorporatismus (lokale Ebene) unterschieden werden. Der strukturelle Unterschied gegenüber den Interessenkonstellationen sozialistischer Gesellschaften ist evident. Vor allem wäre nach einem Pendant zur Macht der Verbände zu fragen. Auch erscheint es fraglich, ob quasi-korporativ agierende Netzwerke auf der Makro- und Mesoebene ohne baldige Intervention des die ungeteilte Macht beanspruchenden Parteiapparates hätten agieren können. Anders stellt sich das Problem auf der lokalen Mikroebene dar. Hier entstanden in der DDR offenbar Vernetzungen von betrieblichen und kommunalen Entscheidungsträgern, die denen in vielem ähnlich sind, wie sie anhand der Beziehung zwischen Stadt und Werk für westliche Gesellschaften beschrieben worden sind.⁸⁰

Dem Entstehen personaler Netzwerke mikrokorporatistischen Typs scheinen besonders solche historischen Wegmarken günstig zu sein, in denen sich der Prozess der technischen bzw. der industriellen Revolution mit Phasen politischer Instabilität verbindet. Carlota Perez hat solche Schnittpunkte am Ende langer, wellenartiger Sequenzen in der Geschichte des Industriekapitalismus lokalisiert: a) *technological revolution – financial bubble – collapse – golden age – political unrest* bzw. b) *irruption – frenzy – turning point – synergy – maturi-*

78 Vgl. Hierzu Roland Czada, Konjunkturen des Korporatismus. Zur Geschichte eines Paradigmenwechsels in der Verbändeforschung, in: Wolfgang Streeck (Hg.), Staat und Verbände, Opladen 1995, S. 37–64; Franz Traxler, Die Metamorphosen des Korporatismus: vom klassischen zum schlanken Muster, in: Politische Vierteljahresschrift 42 (2001) H. 4, S. 590–623.

79 Vgl. Alan Cawson, *Corporatism and Political Theory*, Oxford 1986.

80 Werner Reutter, *Korporatismustheorien: Kritik, Vergleich, Perspektiven*, Frankfurt a. M. u. a. 1991, S. 17; ders./Peter Rütters (Hg.), *Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa*, Opladen 2001.

ty.⁸¹ Diese Abfolge lässt sich im Kontext sozialistischer Ordnungen sowjetischen Typs möglicherweise ähnlich deklinieren: „*Wissenschaftliche-technische Revolution*“ – *Investitionskonzentration* – *Ressourcenüberdehnung* – *politische Unruhe und sozialer Protest* – *sozial- und wirtschaftspolitische Korrektur*. Ein solches Entwicklungsmuster käme der Realgeschichte der UdSSR, Polens und der DDR in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und 1970/71 zumindest nahe. In dem Maße, wie die Reformprozesse ins Stocken gerieten, formierte sich die „Konterreform“, letztlich ging es um Macht.⁸²

Im Zusammenhang mit solchen Kontroversen, Konflikten sowie wirtschafts- und sozialpolitischen Strategiewechseln wächst, so scheint es, der Bedarf an korrigierenden Eingriffen auch im lokalen Kontext.⁸³ Auf die NÖS-Periode in der DDR traf das ohne weiteres zu. In diesem Fall verdient jedoch noch ein weiterer Aspekt Beachtung: Der mit dem NÖS vollzogene wirtschaftliche Strategiewechsel ging mit einer gewissen Lockerung der politischen Zügel einher. Selten in der Geschichte gab es zumindest in „technokratischer“ Hinsicht eine so offene Diskussionsatmosphäre wie in den ersten Jahren der Wirtschaftsreform. Das oft zitierte „Kahlschlag-Plenum“ des ZK der SED vom Dezember 1965 steht dazu nicht im Widerspruch. Wenn die ursprünglich als „Ökonomie-Plenum“ vorbereitete Veranstaltung zu einem „Ideologie-Plenum“ umfunktioniert wurde, gab dies nur einen Hinweis darauf, dass es der um Erich Honecker versammelten Anti-Ulbricht-Fronde darum ging, die aus ihrer Perspektive bedrohlich werdende Eigendynamik der Reform auszubremsen.⁸⁴ Die politische Logik dieses Vorgehens ließ sich nicht ganz von der Hand weisen. Denn unverkennbar verlief die NÖS-Diskussion parallel zu einer Debatte, die mit dem Postulat des sowjetischen Ökonomen Evsej Liberman zur positiven Rolle individueller Interessen, dem sich an der internationalen Kafka-Konferenz entzündenden Entfremdungsdiskurs und nicht zuletzt in Ota Šiks wirtschaftspolitischen Thesen ihre wichtigsten Signaturen fand. Es war wohl alles andere als ein Zufall, wenn Šiks 1962 in der ČSSR erschienenen Buch „Ökonomie – Interessen – Politik“ 1966 in deutscher Übersetzung im Parteiverlag der SED erschien – vom Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Otto Reinhold, wissenschaftlich bearbeitet und mit einer vom September 1965 datierten empfehlenden „Vorbemerkung“ versehen.⁸⁵

In dieser Diskussion spielte der Netzwerkbegriff überhaupt keine Rolle, wohl aber der des Interesses. Die SED hatte bereits 1962 Libermans Interessen-Formel aufgegriffen. „Was für die Gesellschaft nutzbringend ist, muß auch jedem Betrieb nützlich sein, und umgekehrt, was nicht vorteilhaft für die Gesellschaft ist, muß äußerst unvorteilhaft für die Belegschaft eines Betriebes sein“, hieß es bei Liberman.⁸⁶ Schon im Januar 1963 fand sich dieser Gedanke im neuen SED-Programm wieder, allerdings in entschärfter Form: „Alles, was der

81 Carlota Perez, *Technological Revolutions and Financial Capital. The Dynamics of Bubbles and Golden Ages*, Cheltenham 2002, S. 5, 78.

82 Dieter Segert, *Repression und soziale Klassen. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der politischen Macht im Staatssozialismus*, in: Christiane Brenner/Peter Heumos (Hg.), *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, DDR 1945–1968* (= Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum; 27), München 2005, S. 307–317.

83 Vgl. hierzu Czada, *Konjunkturen*, S. 37–63.

84 Ausführlicher hierzu: Kaiser, *Machtwechsel*, S. 200–231.

85 Ota Šik, *Ekonomika, zájmy, politika*, Praha 1962; ders.: *Ökonomie, Interessen, Politik*, Berlin 1966.

86 Evsej Liberman, *Plan, Gewinn, Prämie*, in: *Die Wirtschaft vom 26. 9. 1962*, S. 15.

Gesellschaft nützt, muß auch für den Betrieb und für den einzelnen Werktätigen vorteilhaft sein.“ Nach diesem Grundsatz werde das Prinzip der materiellen Interessiertheit verwirklicht.⁸⁷ Man konnte dies als soziale Konzession deuten. Der plausiblen Feststellung, dass nicht mehr verteilt werden könne, als zum persönlichen und gesellschaftlichen Verbrauch erzeugt wurde, folgte im SED-Programm eine lange Aufgabenliste zur „Hebung des Volkswohlstandes“. Sie reichte von der erweiterten Versorgung mit modernen Gebrauchsgütern, über den Ausbau des Dienstleistungsbereichs und die Verstärkung des Wohnungsbaus bis hin zu Verbesserungen im Gesundheits- und Sozialwesen.⁸⁸

Es waren vor allem solche sozialpolitischen Ambitionen, durch die unversehens die Netzwerk-Problematik ins Spiel kam. Denn zwischen dem Modernisierungs- und Wachstumsanspruch des NÖS auf der einen Seite und den sozialen Zielsetzungen klappte, wie sich bald zeigen sollte, ein Zwiespalt, der gegen Ende der sechziger Jahre den schwelenden Konflikt in der SED-Führung verschärfte. Das war jene Konstellation, aus der sich Ulbrichts bemerkenswerter Aufruf zu Eigenverantwortung und Solidarität erklärte. Im Grunde schwang darin die Hoffnung mit, individuelle oder kollektive Initiative, auf jeden Fall aber solche, die über die „verplanten“ Ressourcen hinausreichte, könne diese Kluft überbrücken. Daran änderte sich auch nach dem im Frühjahr 1971 vollzogenen Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker nichts. Weil die knapp zwei Jahrzehnte der Ära Honecker im Zeichen einer extensiven staatlichen Sozialpolitik standen, hing sie in noch größerem Maße von einer erfolgreichen Interaktion des betrieblichen Managements und kommunaler Verwaltungen ab.

Netzwerkerei in der Ära Honecker

Die in den frühen siebziger Jahren auf nahezu allen Politikfeldern einsetzende Rezentralisierung schränkte naturgemäß auch die Handlungsräume lokal und regional operierender „Netzwerker“ ein.⁸⁹ Am Beispiel der von ihnen im Allgemeinen als besonders wichtig betrachteten betrieblichen Sozialpolitik lässt sich jedoch recht gut zeigen, wie wenig man auf die flexible „Netzwerkerei“ verzichten konnte. Das nach dem VIII. Parteitag der SED 1971 verkündete sozialpolitische Programm sicherte zunächst einmal die erreichten Standards betrieblicher Sozialpolitik und beugte Tendenzen einer Niveauabsenkung vor. In dieser Frage gab es einen weitgehenden Konsens. Im Herbst 1972 versuchte auch der FDGB seine porös gewordene Position in der betrieblichen Sozialpolitik zu festigen.⁹⁰ Er wollte wieder verstärkt gestaltend und kontrollierend ins Spiel kommen. Der FDGB hatte hierbei keine guten Karten. Denn auf der staatlichen Leitungsebene unterstand den Kombinatdirektoren ein eigener Direktionsbereich Arbeit und Sozialpolitik. Einige Generaldirektionen verfügten

87 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 21. Januar 1963 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 4: Beschlüsse und Dokumente, Berlin 1963, S. 297–405, hier 340.

88 Ebd., S. 362–366.

89 Vgl. u. a. Michael Schetsche/Kai Lehmann (Hg.), *Netzwerker-Perspektiven*, Regensburg 2003.

90 Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik: Richtlinie für die Arbeit der Kommission Sozialpolitik in den Betrieben (Entwurf) vom 4. 10. 1972, SAPMO-BArch DY-34, 8972.

auch über sozialpolitische Beiräte, die sich aus Vertretern der einzelnen Direktionsbereiche zusammensetzten. In den Kombinatbetrieben selbst lag die Hauptverantwortung für Sozialmaßnahmen und -einrichtungen beim Betriebsdirektor. An der Ausarbeitung des Planteils 7 „Arbeits- und Lebensbedingungen“ waren im Grunde alle Direktionsabteilungen der Betriebe beteiligt, wobei allerdings die Abteilungen Arbeitskräfte/Kader und Finanzwirtschaft besondere Bedeutung erlangten. In manchen Betrieben existierten auch Arbeitsgruppen „Arbeitsbedingungen/Gesundheitsschutz“.⁹¹ Alles dies bot Netzwerk-Aktivitäten günstige Voraussetzungen.

Wie schon in den sechziger Jahren erhielten sie gegen Mitte der Siebziger erneut Rückenwind, weil Sozialpolitik auf zunehmend überstrapazierten wirtschaftlichen Grundlagen betrieben werden musste, während die Belegschaften die sozialen Einrichtungen und Leistungen der Betriebe in der Regel immer weniger als Belohnung und Leistungsanreiz empfanden, sondern ihre Inanspruchnahme als Gewohnheitsrecht reklamierten. Zudem wies das Politikfeld erhebliche strukturelle und qualitative Verwerfungen zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben auf. Es waren vor allem die Großbetriebe, deren Sozialpolitik das Bild bestimmte. Kleinere Betriebe behelfen sich eher mit überbetrieblichen Gemeinschaftseinrichtungen oder vereinbarten auch eine Mitnutzung der Sozialeinrichtungen größerer Betriebe. Selbst innerhalb der Kombinate gab es Ungleichheit. Während die Stammbetriebe in der Regel über leistungsfähige Sozialeinrichtungen verfügten, wiesen kleinere Kombinatbetriebe oft einen deutlich geringeren Standard auf. Zusätzliche differenzierend wirkte die seit den sechziger Jahren praktizierte Festlegung von Schwerpunktbetrieben, deren Beschäftigte bevorzugt versorgt wurden. In den siebziger und achtziger Jahren betraf das vor allem die Kohle- und Energiewirtschaft sowie die Elektronikindustrie. Die hierüber in den minder privilegierten Betrieben bestehende Unzufriedenheit wurde jedoch durch andere Probleme, vor allem durch den Wohnungsmangel überlagert.⁹²

Dieses soziale Gefälle, das zwischen Betrieben ebenso wie zwischen Kommunen bestand, war eine Voraussetzung für vielerlei Transaktionen. Allgemein galt, dass sich in den bestehenden Ungleichgewichten volkswirtschaftliche Prioritäten spiegelten. Das war auch nicht ganz falsch. Doch wiesen die Industriezweige auch beträchtliche innere Differenzierungen auf. Diese erklärte man damit, dass übergeordnete wirtschaftsleitende Organe „die unterschiedliche sozialökonomische, technische und technologische Struktur der Betriebe“ bei der Festlegung etwa des Kultur- und Sozialfonds nicht genügend berücksichtigt.⁹³ Auch solche Kritik konnte als Aufforderung an die „Könige der Improvisation“ verstanden werden.

Der FDGB unternahm beträchtliche Anstrengungen, seinen Einfluss durch eine wachsende Zahl von „Gewerkschaftlichen Arbeiterkontrolleuren“ – gegen Ende der achtziger Jahre

91 Gerhard Tietze/Joachim Schindler/Helga Hoffmann, Sozialpolitik im Betrieb und Mitwirkung der Gewerkschaften, Berlin 1986, S. 90–96; Gerhard Tietze/Gunnar Winkler u. a., Sozialpolitik im Betrieb: soziale Erfordernisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Berlin 1988, S. 174–177.

92 Staatsrat der DDR: Bericht über den Hauptinhalt der an die Volkskammer und den Staatsrat gerichteten Eingaben im I. Quartal 1972, undat. (Mitte 1972), SAPMO-BArch DY-34, 8969.

93 Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik [?]: Gewerkschaftlicher Standpunkt zur Gestaltung des Kultur- und Sozialfonds in den volkseigenen Betrieben, Kombinatn sowie Einrichtungen. (undat. Entwurf), [Ende 1974/Anfang 1975, Verf.: Fritz Rösel [?], S. 3, SAPMO-BArch DY-34, 9799.

waren es rund 112 000 – zu sichern.⁹⁴ Mit dieser „Arbeiterkontrolle“ verfügten er und auch die SED über ein nicht zu unterschätzendes soziales Warninstrument. Dieses konnte die betrieblich-kommunalen Netzwerke nicht ersetzen, aber es konnte sie unterstützen oder auch denunzieren.

In zwei Betriebs-Fallstudien haben Ingrid Deich und Wolfhard Kothe die Situation der betrieblichen Sozialpolitik in den siebziger und achtziger Jahren rekonstruiert. Eines dieser Beispiele, der Stammbetrieb eines Chemiekombinates, soll hier knapp resümiert werden. Es zeigt, in welchen Größenordnungen und mit welchen Faktoren hier kalkuliert werden musste. Mit rund 30 000 Beschäftigten, davon allein 1 000 im Personal- und etwa 3 000 im Sozialwesen, zählte er zu den in sozialpolitischer Hinsicht privilegierten Schwerpunktbetrieben eines industriellen Ballungsraumes.⁹⁵ In diesem Betrieb betrugen die Zahlungen aus dem KSF 1970 rund 26,5 Millionen, 1980 ca. 38 Millionen und 1989 fast 69 Millionen Mark. Wohnungsbau und Arbeiterversorgung bildeten 1989 mit 22,6 Millionen bzw. 20,7 Millionen Mark die weitaus größten Posten.⁹⁶ Der Betrieb verfügte Ende der achtziger Jahre über 13 Werksküchen, fünf Ausgabestellen, zwölf Lebensmittelverkaufsstellen, eine Fleischerei und eine Konditorei.⁹⁷ Der Anteil der Beschäftigten, die am Werkküchenessen teilnahmen, stieg von 45,4 Prozent im Jahr 1970 auf rund 85 Prozent in den späten achtziger Jahren. 1984 war ein Maximum von 91,2 Prozent erreicht worden. Der subventionierte Durchschnittspreis des Mittagessens lag bei 65 Pfennigen. Pro Essenteilnehmer schoss der Betrieb 1971 rund 460 Mark zu; 1987 musste er 874 Mark aufwenden, wobei der Preisanstieg vor allem aus Personal und Allgemeinkosten resultierte. Drei betriebseigene Wäschereien, die zunächst nur Berufswäsche reinigten, übernahmen zunehmend auch Haushaltswäsche. 1979 erreichte deren Anteil fast 1 500 t gegenüber 454 t Berufswäsche. Auf diesem Niveau hielt sich die Wäschereileistung in den folgenden Jahren. Im Jahr 1986 subventionierte der Betrieb die Berufswäsche mit 545 800 Mark und die Haushaltsfertigwäsche mit 2,167 Mio. Mark. Das waren 356,06 Mark pro Beschäftigten. Andere Dienstleistungen, wie Schuhmacherei und Schneiderei hatten geringere Bedeutung. Die Betriebspoliklinik beschäftigte im hier betrachteten Zeitraum ca. 40 Ärzte. 1988 lag die Gesamtzahl ihres Personals bei 171 Personen. Hinzu kamen vier Sanitätsstellen und Krankenstationen. Deren Finanzierung erfolgte zu einem Teil aus Mitteln des Betriebes, zum anderen aus dem Staatshaushalt, wobei der betriebliche Anteil im Laufe der Jahre zunahm. 1988 betrug der Betriebsanteil 2,4 Mio. Mark gegenüber 3,2 Mio. Mark aus Haushaltsmitteln. In den siebziger Jahren unterhielt der Betrieb elf, seit 1977 dann zehn kombinierte Kindereinrichtungen, die aus je einer Kinderkrippe und einem Kindergarten bestanden. Allerdings lag der Auslastungsgrad bei den Krippen lediglich zwischen rund 60 und 65 Prozent, bei Kindergärten erreichte er immerhin ca. 86 Prozent. Für Kinder standen außerdem 1 790 (1987) Kinderferienlagerplätze zur Verfügung, die auch weitgehend ausgelastet wurden. Ferienplätze für Beschäftigte boten die Werkserholungsheime und zwei Vertragsheime an. Ein Drittel der benötigten Plätze stellte der Feriendienst des FDGB bereit. Auch hier erreichte man eine hohe Auslas-

94 Bundesvorstand des FDGB, Abt. Sozialpolitik: Fakten und Zahlen über die Entwicklung der gewerkschaftlich geleiteten Arbeiterkontrolle vom 16. 3. 1988, SAPMO-BArch DY-34, 14289.

95 Ingrid Deich/Wolfhard Kothe, Betriebliche Sozialeinrichtungen, Opladen 1997, S. 36.

96 Ebd., S. 37.

97 Diese und die folgenden Angaben sind zusammengestellt nach ebd., S. 37–46.

tung zwischen 95 und fast 100 Prozent. Der Betrieb unterhielt eine Sportgemeinschaft, der im Jahr 1988 rund 3 800 Mitglieder angehörten. Im Klubhaus gab es Räume für Betriebsfeiern, es existierten ein Arbeiter- und Jugendtheater, zwei Tanzgruppen, ein Blas- und ein Akkordeonorchester, ein Chor- und Tanzkreis, ein Filmstudio, ein „Zirkel schreibender Arbeiter“, ein Mal- und ein Textilizirkel. In den siebziger Jahren waren etwa 3 800 Wohnheimplätze vorhanden, die zu dieser Zeit vor allem der Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte dienten. Jeder dieser Plätze kostete den Betrieb jährlich über 1 000 Mark. Der betriebseigene Wohnungsbestand stieg von 13 676 Wohnungen im Jahr 1970 auf 23 005 Wohnungen im Jahr 1987. 1970 befanden sich darunter 2 997 und 1987 immerhin 9 150 AWG-Wohnungen. Es kennzeichnete die Situation jedoch, dass man zunehmend Schwierigkeiten hatte, diesen Wohnungsbestand zu unterhalten.

Ein anderes Beispiel gewährt Einblick in die räumlichen Dimensionen betrieblicher Sozialpolitik. Denn zum Betrieb gehörte jeweils ein mehr oder minder großes Wohnumfeld, das an den betrieblichen Sozialleistungen partizipierte. Das Büromaschinenwerk Sömmerda etwa beschäftigte Ende der achtziger Jahre knapp 14 000 Menschen. Sein Einzugsgebiet umfasste 176 Ortschaften in neun Kreisen und zwei Bezirken. Ein Drittel aller Erwerbstätigen im Kreis Sömmerda war in diesem Werk beschäftigt. Kinderbetreuung, ärztliche Versorgung, Ferienplätze, Sport- und Kulturveranstaltungen sowie Wohnungen, für die das Werk ein Belegungsrecht hatte, gehörten auch hier zum Standard der Sozialleistungen.⁹⁸

In beiden Fällen wird deutlich, wie weit betriebliche und kommunale Belange im sozialen Bereich ineinandergriffen – und wie weit vor allem die Betriebe zu Trägern der staatlichen Sozialpolitik wurden. Vor allem waren es Wohnungen, Kinderbetreuungs- und Verkaufseinrichtungen, medizinische Versorgung und die Fürsorge für Rentner, aber auch Bau- und Dienstleistungen, über die in personalen Netzwerkstrukturen disponiert wurde. Die Verbindungen zwischen betrieblicher und kommunaler Ebene waren in der DDR generell enger und sie wurden stärker durch soziale Aufgaben bestimmt als dies für Unternehmensnetzwerke im Allgemeinen gilt. Betriebe blieben in dieser Beziehung in der Regel dominant. Hierfür mochte die weitgehende Verstaatlichung der Betriebe ebenso maßgebend gewesen sein wie die Beseitigung kommunaler Selbstverwaltung.

Transformationspotentiale

In der DDR kamen insbesondere personale Netzwerk zum Zuge. Sie scheinen sich irgendwo zwischen Tauschmechanismen und betrieblichen bzw. kommunalen Leitungsstrukturen bewegt zu haben, ohne sich auf diese zwei Aspekte reduzieren zu lassen. Dies entspräche in etwa dem Spannungsbogen zwischen Markt und Hierarchie, von dem W. W. Powell gesprochen hat.⁹⁹ Ein im Oktober 2006 veranstaltetes Symposium der Gesellschaft für Unterneh-

98 Annegret Schüle, BWS Sömmerda. Die wechselvolle Geschichte eines Industriestandortes in Thüringen 1816–1995, Erfurt 1995, S. 307–310.

99 Walter W. Powell, Neither Market nor Hierarchy. Network Forms of Organization, in: Research in Organizational Behavior 12 (1990), S. 295–336.

mengeschichte nahm dieses Thema auf. Die Veranstalter gingen dabei von folgenden Gegebenheiten aus:

„Das Netzwerk als spezifische Organisationsform ökonomischer Aktivitäten zwischen Markt und unternehmensinterner Hierarchie wird momentan oft als *die* ökonomische Struktur der Zukunft bezeichnet. [...] Die Wirtschaftsgeschichte hat jedoch gerade in den vergangenen Jahren eindrucksvoll herausgearbeitet, dass die Abgrenzung zwischen Unternehmen und ihrer Umwelt in der Vergangenheit keineswegs so rigide gewesen ist. Schon in der vorindustriellen und erst recht in der sich industrialisierenden Gesellschaft spielten kollektive, über Unternehmensgrenzen hinausgreifende Arrangements eine weitaus größere Rolle als das liberale Modell eines individualkapitalistischen Wirtschaftssystems nahelegt.

Netzwerke mit ihren spezifischen Fähigkeiten zur Selbstkoordination und Selbstverpflichtung haben insofern historische Vorläufer. Hinzu kommt, dass ethnische, religiöse, freundschaftliche und verwandtschaftliche Netzwerke schon immer wirtschaftliches Handeln – auch und gerade über Unternehmensgrenzen hinweg – begleitet und unterstützt haben. Schließlich besaßen und besitzen diese (personalen) Netzwerke spezifische, hochwirksame Sanktions- und Gratifikationsmechanismen wie etwa den Ausschluß aus der Gemeinschaft oder die Zuteilung von symbolischem Kapital. [...] Zuverlässigkeit und gegenseitiges Vertrauen, Loyalität und Dankbarkeit, relationale Verträge ebenso wie eingespielte, formlos festgelegte Abläufe verhelfen zu erheblichen Transaktionskosteneinsparungen.“¹⁰⁰

Vieles davon dürfte sich in den betrieblich-kommunalen DDR-Netzwerken wiederfinden. In ihrer Praxis folgten sie den Rationalitätskriterien einer Mangelgesellschaft, ohne dass die jeweiligen Spielregeln der zentralisierten Planwirtschaft vorsätzlich ignoriert worden wären. Inwieweit sie sich dabei an die tradierten sozialen und kulturellen Muster hielten, wie sie das Bürgertum seit der frühen Neuzeit entwickelte, bleibt eine offene Frage. Vor allem ist unklar, ob und inwieweit sich die hier in Rede stehenden Netzwerke ohne Bürgertum, d. h. ohne dessen wirtschaftliche Macht, ohne dessen kulturelles und soziales Potential formierten. Es scheint, als ob hiervon mehr im Spiel war, als es eine erste Betrachtung zu erkennen gibt. Unter diesem Aspekt verdient eine Bemerkung Aufmerksamkeit, mit der Karl Schlögel die Anwendung des Zivilgesellschafts-Paradigmas auf die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften relativierte: „Man kann nicht über die Entstehung oder die Genese der bürgerlichen Gesellschaft in den postsowjetischen Gesellschaften reden, ohne vom Untergang der bürgerlichen Gesellschaft in dieser Region zu sprechen und von den spezifischen Bedingungen ihrer Neubildung oder Regeneration. Diese Untergänge sind sehr verschiedener Art, in Rußland anders als im östlichen Mitteleuropa. Sie haben verschiedene Ursachen, eine verschieden lange Dauer und unterschiedliche Formen und Konsequenzen. [...] Das russische Bürgertum, ohnehin von schwacher Konstitution, ist in den Umwälzungen der ersten drei

100 Call for Papers: 28. Wissenschaftliches Symposium der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte am 12./13. Oktober 2006 zum Thema „Unternehmerische Netzwerke. Eine historische Organisationsform mit Zukunft?“.

Jahrzehnte dieses Jahrhunderts untergegangen. Man möchte fast sagen; spurlos.“¹⁰¹ In Ostmitteleuropa „konnte die Neubildung von Elementen der Bürgergesellschaft immer mit Spurenelementen und Restbeständen rechnen, bezog daraus sogar einen Teil ihrer Überzeugungskraft“.¹⁰² Regeneration, Spurenelemente, Restbestände – das sind Begriffe, die für subkutane Kontinuitäten stehen.

Auch Rafael Mrowczynski deutet einen solchen Sachverhalt an: Das „sozialistische Kollektiv“ sei zwar als mikrosoziale Organisationsform mit der Ausweitung des Gesellschaftsmodells sowjetischer Couleur auf die ostmitteleuropäischen Länder übertragen worden – „wenn auch oft in einer weniger strengen Form. Die kürzeren Implementationszeiten trugen dazu bei, daß die durch ‚Kollektivierung‘ im oben genannten Sinne bewirkten Veränderungen in den sozialen Beziehungsmodi sowie Persönlichkeitsstrukturen der einzelnen nicht so tiefgreifend waren wie in der UdSSR“.¹⁰³ Nach den von Marc Morjé Howard präsentierten Ergebnissen eines umfangreichen Ländervergleichs sind die Effekte solcher Kontinuitäten freilich zurückhaltend zu beurteilen: Anstelle einer Zivilgesellschaft entwickle sich in Mittel- und Osteuropa eine Art „civil Privatism“.¹⁰⁴ Während sich die Partizipation an zivilgesellschaftlichen Organisationen auf einem niedrigen Niveau bewege, erwiesen sich Freundschaftsnetzwerke als bemerkenswert persistent.¹⁰⁵

Das lenkt den Blick zurück auf die Tagung des Zweckverbandes Wasserversorgung in Heroldsbach: War dies gemeint mit dem Hinweis auf ein „DDR-Muster“? Ging es hier um den Fall eines solchen Freundschaftsnetzwerkes? Man könnte das für eine naheliegende Erklärung halten, zumal die Annahme, derartiges sei nicht bayrische Art, wohl jenseits aller Realität wäre. Die Anmerkung freilich, ein „DDR-Muster“ habe hier zugrunde gelegen, erscheint dann doch etwas zweifelhaft. Vielleicht sollte darunter eine Steigerungsform von „Kungelrunde“ verstanden werden. Wie dem auch sei, personale Netzwerke haben offensichtlich ihre Lebensfähigkeit über politische Systemgrenzen und Systembrüche hinweg unter Beweis gestellt.

101 Karl Schlögel, *Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang*, München/Wien 2002, S. 210.

102 Ebd., S. 211.

103 Rafael Mrowczynski, *Gordische Knoten. Verwaltungshierarchien und Netzwerke in der UdSSR*, in: *Osteuropa* 55 (2005) H. 10, S. 31–46, hier 37.

104 Marc Morjé Howard, *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe*, Cambridge 2003, S. 153.

105 Ders., *The Weakness of postcommunist civil society*, in: *Journal of Democracy* 13 (2002) Nr. 1, S. 157–169, hier 162f.